

Der Reichstagspräsident.

ap. Das Ergebnis der Stichwahlen ist dadurch, daß unsere Gegner sich immer mehr in die Haare gerieten und einander gegen uns durchfallen ließen, für unsere Partei besonders günstig gewesen. Zum ersten Male zieht die Sozialdemokratie als die stärkste aller Parteien in den Reichstag ein. Dadurch wird wieder eine Frage aktuell, die schon im Jahre 1903 scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der Partei brachte. Nach Gebrauch und Herkommen hat die stärkste Partei den Präsidenten des Reichstages aus ihrer Mitte anzuweisen. Darauf hätte also jetzt die Sozialdemokratie Anspruch. Nicht, wie die Sache da und dort hingestellt wird, auf irgend einen Platz im Präsidium, etwa einen Vizepräsidentenposten. ~~hätte die Sozialdemokratie Anspruch.~~ Jede Partei, die auf Selbstachtung hält, wird sagen: entweder mein volles Recht, oder nichts; auf einen Bettelpfennig lasse ich mich nicht ein! Es kann sich also bei einer Erörterung dieser Frage nur um den ersten Präsidenten, nicht um etwas anderes handeln.

Bei einer solchen Erörterung stehen wir nun heute doch ganz anders da als im Jahre 1903, als die Frage zuerst aufgeworfen wurde. Der Revisionismus war damals noch jung, ein Gegenstand theoretischer Kämpfe; seine Praxis, bald da bald dort die Taktik zu verlassen, die bis dahin als Selbstverständlichkeit in der Partei gegolten hatte, fing eben erst an. Er war der Angreifer, wollte Neues, das mitunter bestridend ausfiel, da es noch nicht erprobt war; seine unerwarteten Vorschläge mußten daher beunruhigend wirken. Jetzt haben wir schon ein Jahrzehnt seine Praxis kennen gelernt; jedermann weiß nun, was hinter der neuen Taktik steckt. Er hat uns in dieser Zeit an so viele monarchische Huldigungen gewöhnt, daß der Gedanke an neue Konzessionen auf diesem Gebiete uns kaum noch aufregt. Aber all diese Hofgängerereien, Gratulationen und Gabelfrühstücke haben dem Proletariat weniger als nichts genützt; Aerger, Zanf, innere Schwächung haben sie gebracht, ohne den geringsten positiven Vorteil. Wogegen vor neun Jahren das revolutionäre Empfinden sich mit Empörung aufbäumte — die Idee, einer unserer Vertreter sollte als Mitglied des Präsidiums zu Hofe

gehen — darüber geht jetzt die kühle Vernunft, durch Erfahrung gewiszig, lächelnd zur Tagesordnung über.

Es ist unrichtig, daß es nur Gefühlsmomente sind, die gestärkt durch Tradition und Schablone, die bisherige ablehnende Haltung der Partei in diesen Fragen bestimmten. Unser republikanisches Empfinden wird uns keinen Moment davon abhalten, wo es nötig ist, mit Königen zu verhandeln. Schreibe die Verfassung vor, die stärkste Partei müsse den Präsidenten stellen, und dieser müsse in Kniehosen zu Hofe gehen, wir würden uns, wenn davon die Möglichkeit des parlamentarischen Kampfes abhinge, ebensowenig Gewissensbisse daraus machen, wie aus dem verfassungsmäßigen Treueid in Sachsen. Oder ein noch besseres Beispiel: wenn wir in einem Parlament die Mehrheit besitzen, werden wir unsere eigenen Leute an die Spitze stellen und sie mit dem Fürsten verhandeln lassen, wo das nötig ist; als Meister, als Sieger, als Macht zu Macht würden sie ihm gegenübertreten. Das ist keine abstrakte Phantasie; zwar ist eine Mehrheit im Reichstage, solange die bürgerliche Ordnung herrscht, ausgeschlossen; aber in einzelnen Landtagen ist sie möglich und da kann sich praktisch zeigen, wie Sozialdemokraten mit Fürsten rein geschäftlich verkehren können, als aufrechte Männer, ohne die Kragbuckeleien bürgerlicher Politiker nachzunehmen, ohne Prinzip und Würde im geringsten zu verleben.

Aber ganz anders liegt die Sache im Reichstag. Kein Recht liegt hier vor, sondern nur ein Gebrauch, eine Gewohnheit. Nicht auf die eigene Macht gestützt würde die Partei den Präsidentenposten besetzen, sondern durch die Gnade der bürgerlichen Mehrheit. Und mag diese sonst noch so geteilter Meinung sein, in dieser Grundfrage der Politik dem Verhältnis zum Monarchen, fühlen alle sich eins gegenüber der Sozialdemokratie. Der Monarch repräsentiert gleichsam die kapitalistische Ordnung gegen den Umsturz. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei wie andere Parteien. Es ist nur ein äußerlicher Schein, daß es im Reichstag elf Parteien gibt, von denen wir die stärkste sind. In Wirklichkeit besteht er aus zwei Parteien, von denen wir die schwächste sind. Die andere Partei verfügt nach Belieben über die Ehrenposten; und wenn sie uns davon den wichtigsten anbieten sollte, so nur unter Bedingungen, die uns zum Schaden gereichen würden. Der Schaden liegt nicht darin, daß diese Bedingung die Hofgängerei ist — wir sahen ja, daß sie für uns unter gewissen Umständen denkbar ist — sondern er liegt darin, daß die Hofgängerei eine Bedingung ist, die uns von den

Feinden auferlegt wird. Nicht als Meister und Sieger würden wir am Hofe erscheinen, sondern als Tanzbär, von dem Liberalismus am Seil geführt.

Die linksliberale Presse, die einzige natürlich, die für einen Sozialdemokraten im Präsidium Stimmung macht, gibt sich auch keine Mühe, die Absicht, uns zu schädigen, zu verbergen. Denn sie redet uns dabei zu, unsere veralteten Dogmen nun endlich aufzugeben, Realpolitik zu treiben und nicht länger über den Zukunftsstaat zu faheln — kurz, aus einer revolutionären Partei eine Partei der bürgerlichen Reform zu werden. Sie weiß, daß es sich um mehr als eine bloße Formalität handelt.

Wie bei jeder taktischen Frage muß auch hier nicht Gefühl und Schlagwort, sondern eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile entscheiden. Der Vorteil eines sozialistischen Präsidenten für die parlamentarischen Verhandlungen ist nur äußerst niedrig anzuschlagen; diese Verhandlungen sind Kämpfe, auf deren Ausgang die Person des Präsidenten nur ausnahmsweise einigen Einfluß ausübt. Viel schwerer fällt die agitatorische Wirkung ins Gewicht, und diese vor allem fürchten die Rektionäre. Sie sind gewöhnt, unsere Partei als einen Ausdruck der Verworfenheit, als moralisch Geächtete hinzustellen, mit der kein ehrlicher Mensch Gemeinschaft haben kann. Und nun, ein Sozialdemokrat Präsident des Reichstages!? Wie muß das auf einmal unser Ansehen heben in den Augen der Arbeiter, die uns bisher scheuten! Allerdings, dieses Ansehen erhielten wir dann nicht als revolutionäre, sondern als hoffähige Partei. Wir aber brauchen Ansehen nur als Ausdruck der revolutionären Gesinnung im Volke. Personen, die mit einer Abänderung von Heines Worten sagen können: als die Obrigkeit es erlaubte, wählten wir rot, denn wir tun nur das, was die Obrigkeit erlaubt — solche Anhänger vergrößern unsere Kraft nicht.

Unsere Werbekraft liegt nicht in dem, was die Duldung, die Anerkennung, sondern in dem, was die Feindschaft der Gegner weckt. Wir können nicht zugleich von zwei Seiten essen, nicht zugleich die Unzufriedenheit und die Zufriedenheit, die Ehrfurcht vor den heutigen Gewalten und die Rebellion zum Ausdruck bringen. Wir müssen wählen; und wir haben gewählt; wir wollen nicht die Vertretung der Furcht, der Demüt und des Respekts, sondern die Vertretung des revolutionären Geistes, der Revolte der Massen sein. Darin liegt unsere Zukunft; der Kapitalismus peitscht immer mehr die Massen zum erbitterten

Widerstand auf und treibt sie damit in unsere Arme. In der Sozialdemokratie finden sie den Ausdruck ihrer wachsenden Kampfbereitschaft. Sollten wir aber mit den Vertretern des Kapitalismus paktieren, aus ihrer Hand Ehrenposten annehmen, ihren Götzen unsere Huldigung darbieten, so würden gerade die besten, revolutionärsten Elemente unseres Anhanges tief enttäuscht werden; und unsere Verbekraft auf die oppositionelle Masse, die wir gerade brauchen, gingen verloren. Die Wurzeln unserer Macht liegen in der unablässigen Betonung und Betätigung unseres tiefen prinzipiellen Gegensatzes zu der ganzen bürgerlichen Welt.

Man nennt diese Politik bisweilen verächtlich Demonstrationspolitik. Man vergißt dabei, daß solche Demonstrationen die allerwichtigsten und notwendigsten Mittel sind, den Charakter einer Partei klar und scharf zum Ausdruck zu bringen. Die Revisionisten treiben, wenn sie auf die Annahme eines Präsidentenpostens drängen, gerade so gut eine konsequente Demonstrationspolitik, wie die Radikalen, wenn sie ihn ablehnen. Mögen sie auch andere positive Vorteile vorschreiben, in Wirklichkeit handelt es sich bei ihnen darum, zu demonstrieren, daß sie unsere Partei genau als eine solche Partei betrachten, wie die andern Parteien, und für sie zu jedem Preis die parlamentarische Gleichberechtigung erstreben. Sie glauben, die Ausnahmestellung unserer Partei im Reichstage sei bloß eine Folge unserer unveröhnlichen Taktik. Sie übersehen aber, daß sie nur die Ausnahmestellung des Proletariats in der Gesellschaft in Form ausdrückt, die durch die deutsche Entwicklung bestimmt werden. Sie übersehen ferner, daß die parlamentarische Gleichberechtigung unter dem Kapitalismus nur als ein Mittel wirkt, die Klassenunterdrückung in der Gesellschaft zu vertuschen, und damit die Machtentfaltung der Arbeiter zu hemmen. Diese Demonstrationspolitik wird daher auch durch die Wirklichkeit selbst unmöglich gemacht. Die bürgerliche Mehrheit denkt nicht daran, unserer Partei ein ernsthaftes Angebot zu machen, da sie sehr genau weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Bedingungen nicht annehmen kann. —

